

München, 19.04.2016

SPD fordert Investitionskostenzuschüsse für Tierheime

**Tierschutzpolitiker Woerlein kritisiert Konzeptlosigkeit im Tierschutz - Biedefeld:
Staatsregierung hält Tierschutz finanziell an der kurzen Leine**

Die tierschutzpolitischen Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, **Herbert Woerlein** und **Susann Biedefeld** fordern ein Gesamtkonzept für den Tierschutz in Bayern. Bei einer Pressekonferenz im Bayerischen Landtag sagte Woerlein: „Wir wollen wissen, wo der Staat seine Schwerpunkte im Tierschutz setzt und brauchen daher nicht nur staatliche Gelder, sondern auch ein Konzept.“ Die SPD will bayerische Tierheime mit einer Million Euro jährlich fördern. Am 21. April findet im Landtag eine von der SPD beantragte Anhörung zum Tierschutz statt. "Wir wollen erreichen, dass die Anliegen der Einrichtungen im Interesse der Tiere gehört und umgesetzt werden", erklärt Woerlein.

Derzeit finanzieren sich Tierheime überwiegend durch regional sehr unterschiedliche kommunale Zuschüsse und Spenden. Wie groß die Schieflage ist, legte Biedefeld anhand der staatlichen Zuwendungen für andere Interessenverbände wie den Bayerischen Bauernverband und den Jagdverband dar: Während der Bauernverband im Jahr 2015 2,75 Millionen Euro erhielt und der Jagdverband 835.000 Euro, wurden an den Deutschen Tierschutzbund, Landesverband Bayern, lediglich 331.000 Euro für die Reptilienauffangstation in München ausgereicht. "Dies zeigt sonnenklar, dass der Tierschutz in Bayern ein absolutes Schattendasein fristet", erklärt Biedefeld. In bayerische Tierheime werden nach Schätzungen über 50.000 Tiere pro Jahr aufgenommen, die zu etwa 60 Prozent wieder neue Besitzer finden.

Wild lebende Katzen stellen ein besonderes Problem für den Tierschutz dar. Biedefeld: "Katzen sind an den Menschen gewöhnt und können nicht mehr in freier Wildbahn überleben - sie verelenden. Daher ist es notwendig, die Populationen durch Kastration von Katzen zu minimieren." Dafür fordert die SPD-Landtagsfraktion Zuschüsse in Höhe von 500 000 Euro jährlich. Auch kranke und hilflose Welpen, die aus illegalen Tiertransporten stammen, sind zunehmend eine Herausforderung für die Tierheime in Bayern, deren Kosten dadurch explodieren. "Aber die Staatsregierung hält den Tierschutz weiter finanziell an der kurzen Leine", bedauert Biedefeld. Die Expertenanhörung soll hier Lösungsansätze aufzeigen.



Susann Biedefeld, Sabina Gassner und Herbert Woerlein (von links) bei der Pressekonferenz im Bayerischen Landtag [Download: Foto in hoher Auflösung](#) (Nutzung kostenfrei)

[Vorlage zur Pressekonferenz Tierschutz \(PDF, 334 kB\)](#)

[Antrag Anhörung zur Situation der Tierheime in Bayern \(PDF, 231 kB\)](#)

[Antrag Anhörung illegale Welpentransporte \(PDF, 191 kB\)](#)